



## **Ausschuss für Kultur und Medien**

### **26. Sitzung (öffentlich)**

26. Juni 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:50 Uhr

Vorsitz: Karl Schultheis (SPD)

Protokoll: Stefan Ernst

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- 1 Öffentlich-rechtliches Telemedienangebot für Beitragszahlerinnen und -zahler verbessern (Abschaffung der 7-Tage-Frist) 5**  
  
Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/4809  
  
Entschließungsantrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/4902  
  
– Zuziehung von Sachverständigen
  
- 2 Gesetz zur Änderung des Landesmediengesetzes Nordrhein-Westfalen und des Telemedienzuständigkeitsgesetzes 31**  
  
Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/4950

## Ausschussprotokoll 16/552

## Abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung

Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU und FDP bei Enthaltung der Piraten die Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 16/4950.

- 3 Breitbandausbau beschleunigen – Landesregierung muss  
Operationelles Programm EFRE für flächendeckenden  
Breitbandausbau öffnen! 33**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/5470

Entschließungsantrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/5534

Der Ausschuss kommt aufgrund der bereits erfolgten Ablehnung im federführenden Ausschuss überein, keine Mitberatung der vorliegenden Anträge Drucksachen 16/5470 und 16/5534 vorzunehmen.

- 4 Transatlantisches Freihandelsabkommen TTIP darf die kulturelle  
Vielfalt in NRW nicht gefährden! 34**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/5742

Der Ausschuss kommt überein, vor der weiteren Beratung das Votum des mitberatenden Ausschusses für Europa und Eine Welt abzuwarten.

- 5 Neukonzeption der Förderung von Filmwerkstätten und -häusern 36**

Bericht der Landesregierung

**6 Gesetz zur Änderung des Archivgesetzes Nordrhein-Westfalen 37**Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/5774

Verfahrensabsprache

Der Ausschuss kommt überein, eine Sondersitzung am  
2. September 2014 zur Auswertung der Expertenanhörung  
zum Archivgesetz durchzuführen.

**7 Etatisierung der Kunstsammlung Museum Folkwang, Essen 38**Sachstandsbericht  
der Landesregierung  
Vorlage 16/2014**8 Verschiedenes 39**

\* \* \*



## Aus der Diskussion

### 2 Gesetz zur Änderung des Landesmediengesetzes Nordrhein-Westfalen und des Telemedienzuständigkeitsgesetzes

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/4950  
Ausschussprotokoll 16/552

Abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung

**Vorsitzender Karl Schultheis** führt ein, den Gesetzentwurf habe das Plenum am 20. Februar 2014 zur alleinigen Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen. Mit Blick auf die am 8. Mai 2014 durchgeführte Anhörung verweist der Vorsitzende auf das Ausschussprotokoll und dankt dem Stenografen Stefan Ernst für die schnelle Erstellung des Wortprotokolls dieser langen Anhörung. Die Aussprache über die Anhörung habe der Ausschuss am 18. Juni 2014 durchgeführt. Offene Fragen der Piraten seien schriftlich beantwortet worden. Vor der Aussprache begrüßt er den Vorsitzenden der Medienkommission, Herrn Prof. Dr. Schwaderlapp.

**Alexander Vogt (SPD)** kündigt eine Zustimmung seiner Fraktion zum Gesetzentwurf an. Aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum ZDF-Staatsvertrag und der zeitlichen Nähe zur Plenarsitzung werde die SPD-Fraktion einige Änderungen zur Transparenz und Wahl der Kommission vorlegen. Diese würden nicht als Tischvorlage zur Plenarsitzung am Mittwoch, sondern nach Befassung der Gremien seiner Fraktion am Dienstag als Änderungsantrag zur Verfügung gestellt.

Weiterhin sehe seine Fraktion bei der Netzneutralität und den Qualifikationsanforderungen für die Kommissionsmitglieder Änderungsbedarf.

Auch seine Fraktion habe Änderungsbedarf, so **Daniel Schwerd (PIRATEN)**. Themen wie die Übertragung von Hörfunk im Internet, den Einfluss von Zeitungsverlagen auf den Hörfunk bei Abschaffung der 75-Prozent-Grenze, die Ausgestaltung der Stiftung Vielfalt und Partizipation, die Netzneutralität, die Sicherung der Staatsferne begrüße seine Fraktion bei einem Änderungsantrag. Darüber hinaus spreche er sich für ein gemeinsames Vorgehen aus.

**Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU)** stellt die Zustimmung seiner Fraktion in Sachen Netzneutralität in Aussicht, allerdings gebe es seitens der CDU grundsätzliche Bedenken zum Gesetzentwurf, weshalb sie ihn ablehnen werde. Seine Fraktion sehe die Stiftung Vielfalt und Partizipation als nicht tragbar an. Er begrüße die Vorlage des Änderungsantrags am Dienstag und fragt nach, ob es weitere Änderungen gebe.

Vonseiten seiner Fraktion werde es ebenfalls Änderungsanträge geben, so **Thomas Nückel (FDP)**. Sie begrüße den vorliegenden Gesetzentwurf und insbesondere die Regelungen zum Bürgerfunk, spreche sich aber für eine Streichung des die Stiftung betreffenden Passus und für einige kleine Änderungen aus. Darüber hinaus solle die LfM in Sachen Netzneutralität aktiv werden können.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf reagiere man angemessen auf die Entwicklungen der letzten Jahre, so **Matthi Bolte (GRÜNE)**. Man wolle Vielfalt und Partizipation in der Medienwelt stärken, was die Landesregierung schon mit dem öffentlichen transparenten Beteiligungsverfahren zu einem frühen Stadium des Gesetzentwurfs zum Ausdruck gebracht habe. Er spreche sich daher für den häufigeren Einsatz eines solchen Verfahrens aus.

Ihn habe aufgrund der vorherigen Reaktionen auf die Stiftungsidee überrascht, dass die Experten in der Anhörung keine massive Kritik geübt hätten. Zwar gebe es kritische Stimmen, jedoch würden auch die richtigen und guten Ziele deutlich. In der Anhörung hätten alle Seiten die Netzneutralität für gut und richtig befunden. Auch von seiner Fraktion stünden Änderungsanträge zu erwarten.

**Alexander Vogt (SPD)** weist mit Blick auf die Neubesetzung der Medienkommission im November auf die gesetzlich vorgesehenen Fristen zur Benennung von Kommissionsmitgliedern durch die Verbände hin. Aus diesen formalen Gründen kündige er mögliche Übergangsregelungen im Änderungsantrag für die Verlängerung der Amtszeit der jetzigen Medienkommission an.

Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU und FDP bei Enthaltung der Piraten die Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 16/4950.